

«Fundamentale Rechte bedroht»

Die SP ergreift das Referendum gegen das Asylgesetz und eröffnet rhetorisch bereits den Abstimmungskampf

Die Sozialdemokraten sind bei der Revision des Asylgesetzes auf der ganzen Linie unterlegen. Und auch bei der Revision des Ausländergesetzes finden sie kein Gehör. Im einen Fall ergreifen sie das Referendum – im andern nicht.

«bund»: Herr Fehr, die SP ergreift das Referendum gegen das Asylgesetz und bürdet sich damit eine Strafaufgabe auf. Denn zu gewinnen ist diese Abstimmung kaum.

Hans-Jürg Fehr: Wir gehen nicht taktisch an diese Aufgabe heran, auch nicht wahltaktisch. Es geht für mich in dieser Frage allein darum, am Morgen noch in den Spiegel schauen zu können und Rückgrat zu bewahren. Es sind fundamentale Rechte bedroht, die es zu bewahren gilt. Die extremen Verschärfungen ritzen zum Teil Völkerrecht, Menschenrecht und Bundesverfassung. Die Asyltradition der Schweiz wird damit zuschanden geritten.

Übertreiben Sie da nicht ganz gewaltig?

Nein. Wir sehen mit dem Asylgesetz, wie es jetzt beschlossen worden ist, die humanitäre Tradition effektiv bedroht.

Aber die Experten im Bundesamt für Justiz sehen weder Verfassung noch Völkerrecht verletzt.

Tatsache ist, dass renommierte Völkerrechtler wie Walter Kälin das Gegenteil festhalten. Es darf in diesen heiklen Fragen keine Zweideutigkeit geben. Ein Juristenstreit, ob das Völkerrecht eingehalten wird oder nicht, ist für ein Land wie die Schweiz ganz einfach unwürdig.

Unbestritten ist, dass unser Asylrecht teils gezielt ausgenutzt wird und dass diese Missbräuche in den letzten Jahren das Klima vergiftet haben. Wie wollen Sie da den Leuten im Abstimmungskampf ihren Widerstand gegen Verschärfungen erklären, die diese Missbräuche bekämpfen sollen?

Wir wollen Missbräuche überhaupt nicht schönreden. Aber wir sind dezidiert der Meinung, dass das geltende Instrumentarium im Asylgesetz, im Ausländergesetz und im Strafrecht ausreicht. Es geht bei der nun beschlossenen Vorlage nicht mehr um Missbrauchsbekämpfung, sondern es wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Dagegen wehren wir uns entschieden. Und das werden wir im Abstimmungskampf thematisieren.

Die SVP dagegen wird sehr wohl die Missbräuche ins Feld führen. Sie wird damit aus dem Abstimmungskampf kurz vor den Wahlen Profit schlagen können.

Wir schauen nicht auf die SVP, sondern politisieren auf der Basis unserer Überzeugungen, und die lassen nicht zu, dass eine solche Gesetzesrevision einfach ohne Widerstand durchgezogen wird.

Die SP ist aktuell nicht nur beim Asylgesetz, sondern auch bei den bisherigen Beratungen des Ausländergesetzes unterlegen. Weshalb ergreifen Sie nicht auch da das Referendum?

Weil wir unsere Kräfte konzentrieren müssen. Wir werden nächstes Jahr mit der Kosa-Initiative einen aufwändigen Abstimmungskampf führen. Es gibt für eine politische Partei auch eine Ökonomie der Kräfte.

Die SP hat sich im Ausländergesetz für grosszügigere Aufenthalts- und Niederlassungsregeln für Leute von ausserhalb der EU ausgesprochen. Aber die Personenfreizügigkeit für EU-Angehörige zwingt doch zu einem strengeren Regime für die übrigen Ausländer.

Die Arbeitsmigration wird nicht durch die Regeln im Ausländergesetz gesteuert, sondern durch die Anzahl angebotener Arbeitsplätze. Mit der Personenfreizügigkeit bekommt die schweizerische Wirtschaft ein riesiges Arbeitskräftereservoir innerhalb der EU. Ihr Bedarf an Personal von ausserhalb der EU wird als Folge davon massiv

sinken. Dieser Arbeitskräftemarkt ist entscheidender als die Regeln, wer nach wie langer Zeit Anspruch auf Aufenthalt hat. Wichtig ist für uns, dass nicht nur Arbeitskräfte ins Land geholt werden, sondern dass sie auch integriert werden. Dazu wollen wir die Arbeitgeber stärker in die Pflicht nehmen. So sieht es unser Migrationspapier vor.

Die SP hat es nicht fertig gebracht, das Migrationspapier, das Sie ansprechen, in die politische Debatte einzubringen. Tatsache ist doch, dass die SP in der Migrationspolitik seit Jahren abwehrt und selber nichts bewegen kann.

Dass das Papier nicht zur Kenntnis genommen wurde, ist nicht nur unser Fehler. Tatsache ist, dass wir darin originelle, eigenständige Vorschläge machen, wie Arbeitsmigration zu steuern ist. Vielleicht werden diese jetzt, wo das Thema Integration an Bedeutung gewinnt, endlich zur Kenntnis genommen.

Trotzdem: In den Ratsdebatten erweckte die SP zuweilen den Eindruck, sie heisse alle Ausländer fast bedingungslos willkommen. Eine Politik der offenen Türen ist doch weltfremd.

Das ist auch nicht unsere Position. Im Übrigen ist es nicht die SP, die ausländische Arbeitskräfte in die Schweiz holt, das waren immer und sind immer noch die Arbeitgeber. Unsere Aufgabe ist es aber, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die hierhergeholt werden, ein anständiges Leben in der Emigration zu ermöglichen.

Bundesrat Blocher warf Ihnen vor, mit linker Politik hätten wir «bald halb Afrika» bei uns.

Das ist eine absolut demagogische Entgleisung, die eines Bundesrats nicht würdig ist.

Auch Beugehaft ist beschlossen

Der Nationalrat ist bei der Asylgesetzrevision auch am zweiten Tag dem ständerätlichen Verschärfungskurs gefolgt. Am Montag stimmte er zu, den Sozialhilfestopp auszuweiten, die Papierlosen-Bestimmungen zu verschärfen und die humanitäre Aufnahme zu kippen. Gestern verschärfte er die Zwangsmassnahmen:

- Die Ausschaffungshaft wird auf maximal 18 Monate und die Vorbereitungshaft auf maximal 6 Monate verdoppelt.
- Neu wird die Beugehaft eingeführt. Damit soll eine angeordnete Ausreise erzwungen werden. Dieser Entscheid fiel mit 92 zu 82 Stimmen relativ knapp. Die Linke geisselte die Beugehaft vergeblich als Rückfall ins Mittelalter. Insgesamt wird die zulässige Haftdauer auf 24 Monate begrenzt.
- Das Rayonverbot wird ausgedehnt. Ein- und Ausgrenzungen sollen nicht nur für Drogendealer verfügt werden können. Auch die Bewegungsfreiheit von Ausländerinnen und Ausländern mit rechtskräftigem Weg- oder Ausweisungsentscheid, die ihre Ausreisepflicht verletzen, kann beschränkt werden.

Wie Justizminister Christoph Blocher erklärte, brauchen die Fachleute an der Front diese letzten Mittel, um dem Rechtsstaat Nachachtung zu verschaffen. Nach Meinung des links-grünen Lagers sind die verlängerten Haftformen wirkungslos. Flüchtlinge aus Krisenstaaten, die aus Not um Asyl anklopften und nicht heimreisen könnten, dürften nicht ihrer Freiheit beraubt und kriminalisiert werden. Jugendliche bis zu einem Jahr in Haft zu nehmen, sei völkerrechtswidrig.

Das Asylgesetz geht mit nur noch wenigen Differenzen zurück an den Ständerat.

UNHCR besorgt

Das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) hat sich besorgt über die Revision gezeigt. Das Gesetz könne den Zugang zum Asylverfahren für Flüchtlinge massiv erschweren, warnte die Uno-Organisation. Besorgt ist das UNHCR insbesondere über den erschwerten Zugang zum Asylsystem für Personen, die nicht über Reise- oder Identitätspapiere verfügen. (sda)